



**Stadt
Lucerne**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat 118

Korintha Bärtsch und Christian Hochstrasser namens
der G/JG-Fraktion
vom 10. August 2017
(StB 56 vom 31. Januar 2018)

**Wurde anlässlich
Ratssitzung vom
15. März 2018
entgegen dem Antrag des
Stadtrates abgelehnt.**

Für einen neuen Gemeindeverband der Kernagglomeration

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen fordert den Stadtrat auf, die Gründung eines neuen, schlagkräftigen Gemeindeverbands, bestehend aus den Gemeinden Ebikon, Emmen, Horw, Kriens und Luzern (K5-Gemeinden) zu prüfen. Damit einhergehend seien im Weiteren der Verzicht des Wiedereintritts in den Verband Luzerner Gemeinden (VLG) sowie eine neue Aushandlung des Letters of Intent mit dem Regierungsrat des Kantons Luzern ebenfalls zu prüfen.

Die gleiche Thematik der Aussenbeziehungen beschlägt die überwiesene Motion 1 von Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion vom 1. September 2016: «Für eine aktive Aussenpolitik», die vom Stadtrat einen Planungsbericht für die zukünftige Aussenpolitik der Stadt Luzern fordert. Das Postulat der G/JG-Fraktion fordert darüber hinaus die Prüfung konkreter Handlungsbereiche.

Nach dem Scheitern des Projekts «Starke Stadtregion Luzern» wurden weder die Schaffung eines regionalen Mehrzweckgemeindeverbandes noch die Fusion mit einer oder mehreren Nachbargemeinden vorangetrieben. Da sich sämtliche Projektgegner für «verstärkte Kooperationen» ausgesprochen hatten, schlossen sich die fünf einwohnerstärksten Gemeinden Ebikon, Emmen, Kriens, Horw und Luzern im Projekt K5 zusammen, um ebendies zu bewirken. Sie hatten anfänglich fünf Handlungsfelder (Wirtschaftszentrum K5; Mobilität [Raum, Siedlung, Verkehr]; Finanzielle Steuerung; Sport; Soziales und Gesundheit) definiert. Ende 2017 ist als sechstes Handlungsfeld «Bildung und Tagesstrukturen» hinzugekommen. K5 ist Teil von LuzernPlus.

Die Stadt Luzern ist aus dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) ausgetreten. Der Stadtrat stützt sich bei der Aussenpolitik gemäss Fünfjahresziel 0.1 der Gesamtplanung 2017–2021 auf drei Säulen (B+A 19 vom 21. September 2016, S. 22):

- I. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden konkrete Kooperationen entwickeln;
- II. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Kanton (Kantonsrat, Regierungsrat, Verwaltung) ausbauen;
- III. LuzernPlus als regionalen Entwicklungsträger stärken. Im Projekt K5 konkrete Wirkungen erzielen.

Für den Stadtrat ist es anspruchsvoll, die Bedürfnisse der Kernstadt in der kantonalen Politik wirksam zu vertreten. Der Austritt aus dem VLG und die zurzeit schwierige finanzielle Situation

des Kantons verstärken diesen Umstand. Das Anliegen und Ziel, die Kernstadt und die Kernagglomeration zu stärken, bleiben uneingeschränkt bestehen.

Es bestehen verschiedene themenspezifische Organisationen. Recycling, Entsorgung, Abwasser Luzern REAL oder der Bibliotheksverband BVL sind regionale Beispiele, der Verkehrsverbund Luzern VVL oder der Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG sind gesamtkantonale Beispiele. Thematisch breit ausgerichtet sind der VLG und LuzernPlus. Der Stadtrat steht in diesem bereits stark organisierten Umfeld der Schaffung eines neuen, eigenen Gemeindeverbands K5 skeptisch gegenüber, zumal die anderen K5-Gemeinden bis dato kein entsprechendes Anliegen signalisiert haben. Der Stadtrat will den diesbezüglichen, offenen Dialog mit den übrigen K5-Gemeinden suchen, da er deren Haltung nicht kennt.

Bei der Prüfung des weiteren Vorgehens zur Gestaltung der Aussenbeziehungen will der Stadtrat neben einem K5-Verband ebenfalls den Wiedereintritt in den VLG prüfen. Er lehnt es deshalb ab, bereits jetzt auf eine Prüfung dieser Frage zu verzichten. Es wäre unklug, gewisse Optionen von vornherein auszuschliessen.

Bei der Zusammenarbeit mit der Regierung / mit dem Kanton sieht der Stadtrat Optimierungspotenzial. Die Forderung eines Letters of Intent nimmt er als Anregung für die diesbezüglichen weiteren Abklärungen entgegen.

Der Stadtrat will alle geschilderten Optionen vorbehaltlos prüfen. Erst danach lässt sich abschätzen, mit welchen Mitteln und welchen Strukturen das Ziel der gestärkten Kernagglomeration erreicht werden kann.

Der mit der Überweisung der Motion 1 zu erstellende Bericht gibt dem Stadtrat die Gelegenheit, auch detailliert zu den oben genannten Handlungsfeldern Ausführungen zu machen. Die notwendigen Abklärungen werden Zeit benötigen, sodass der Bericht – entgegen den Ausführungen in der Stellungnahme zur Motion 1 – erst im Herbst 2018 dem Grossen Stadtrat unterbreitet werden kann.

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Stadtrat von Luzern

